



Hupen für mehr Geld

Rote Fahnen und immer wieder Hupkonzerte: Mit 360 Autos haben Beschäftigte der norddeutschen Metallindustrie am Freitag in Kiel lautstark und weithin sichtbar für mehr Geld und die Sicherung von Arbeits-

plätzen demonstriert. Sie begleiteten mit der Kundgebung weitere Warnstreiks in dem aktuellen Tarifkonflikt. Die Gewerkschaft verlangt für die rund 140.000 Metaller in Bremen, Nordwest-Niedersachsen, Hamburg,

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ein Volumen von vier Prozent mehr Geld, das zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen eingesetzt werden soll. Die Arbeitgeber lehnten höhere Löhne ange-

sichts der Corona-Krise in diesem Jahr bisher ab und schlugen stattdessen wie in Nordrhein-Westfalen einen „Mix aus Einmalzahlung und Tabellenerhöhung ab 2022“ vor. **TEXT: DPA/FOTO: AXEL HEIMKEN/DPA**

Milliarden für den grünen Stahl

Arcelor-Mittal will die Bremer Hütte CO₂-neutral machen – doch ohne Hilfe geht es nicht

VON STEFAN LAKEBAND

Bremen. In den nächsten Jahren dürfte sich das Bremer Stahlwerk stark verändern. Nach Plänen von Arcelor-Mittal soll ab 2026 einer der Hochöfen überflüssig werden. Stattdessen will der Konzern auf eine neue Technologie setzen, für die aktuell die Grundlage gelegt wird – und für die er nun Hilfe braucht.

Der geplante Schritt sei mit „erheblichen Investitionen“ verbunden, sagt der Bremer Arcelor-Mittal-Chef Reiner Blaschek. Er geht von einer Summe im „einstelligen, niedrigen Milliardenbereich“ aus, die der Konzern ausgeben muss, um seine Klimaziele zu erreichen. Bis 2030 will Arcelor-Mittal seinen CO₂-Ausstoß um 30 Prozent senken, bis 2050 soll der Konzern klimaneutral sein.

Im Konzern, so Blaschek, habe man sich ein Konzept überlegt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Für Bremen heißt das: Bis 2026 soll hier eine großindustrielle Anlage zur Direktreduktion von Eisenerz zu Eisen-schwamm (DRI) in Verbindung mit einem Elektrolichtbogenofen entstehen. Diese Anlage wird nicht mit Koks befeuert, sondern vorerst mit Erdgas. Dadurch soll weniger CO₂ freigesetzt werden als bisher. Langfristig plant der Konzern, die DRI-Anlage mit Wasserstoff zu betreiben, der mit Erneuerbaren Energien hergestellt wurde.

In Bremen soll dann erst einmal für die eigene Hütte produziert werden, aber auch für den Standort in Eisenhüttenstadt, an dem ebenfalls ein Hochofen stillgelegt werden soll. Hier investiert Arcelor-Mittal neben

einem Elektrolichtbogenofen auch in eine Pilotanlage, bei der Wasserstoff im sogenannten Pyrolyseverfahren hergestellt wird. Wenn sich diese Technologie bewährt habe, könne man das Herstellungsverfahren größer aufziehen, so Blaschek. „Ziel ist es, schrittweise die Umstellung hin zu einer CO₂-armen Stahlproduktion zu schaffen und so die Zukunft der beiden Standorte zu sichern.“

Fördermittel dringend benötigt

Bei diesem Vorhaben braucht der Konzern aber Hilfe, das macht Blaschek klar. Vor allem von der Politik. „Wir haben auf EU-Ebene Fördermittel beantragt, aber auch auf nationaler und Landesebene“, sagt Blaschek. Ebenso hofft der Stahlhersteller, dass die Europäische Union einen sogenannten Grenzausgleich einführt. Konkret heißt das: Günstiger, im Ausland produzierte Stahl soll mit Strafzahlungen belegt werden, wenn bei der Herstellung nicht die geforderten Umweltstandards eingehalten werden. Ein erster Schritt ist bereits getan: In dieser Woche hat das Europäische Parlament diesem Grenzausgleich zugestimmt; nun muss EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans bis Sommer eine entsprechende Regelung entwerfen. Noch ist aber fraglich, ob dieser Aufpreis gegen die Regeln der Welthandelsorganisation verstößt.

Auch Klaus Hering, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Stahlproduzenten, mahnt: „Der Bau hängt an der Unterstützung.“ Und die sei längst nicht gesichert. So habe sich

Arcelor-Mittal beim Bund als ein sogenanntes IPCEI (Important Project of Common European Interest) beworben. Das sind Projekte, die von großem europäischen Interesse sind. Das Besondere: Während staatliche Beihilfe für Unternehmen in der EU eigentlich verboten sind, gibt es eine Ausnahme für IPCEIs. Denn neben den Anfangsinvestitionen für neue Anlagen geht es Arcelor-Mittal um einen Betriebskostenzuschuss, da durch die neuen Verfahren und den Einsatz von Wasserstoff auch die Kosten in der Produktion steigen. Ob das Vorhaben von Arcelor-Mittal als IPCEI genehmigt wird, ist aber noch nicht klar. Eine Entscheidung könnte erst zum Ende des Jahres fallen. Ob Bremen sich neben dem Bund dann an der Finanzierung beteiligen muss, ist noch nicht klar.

Im Ressort von Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) hat man jedenfalls großes Interesse daran, dass der Konzern seine Pläne verwirklichen kann. „Um den bestehenden Förderbedarf politisch zu flankieren, sind das Wirtschaftsressort und der Senat in Gesprächen mit der Bundesregierung und mehreren Ministerien“, teilt Sprecherin Kristin Vienzens mit. Und auch schon eine erste Fördersumme steht. Zehn Millionen Euro sollen aus dem Bremen-Fonds in ein Pilotprojekt fließen, das sich mit der Erzeugung von Wasserstoff und dessen Einsatz in der Stahlproduktion beschäftigt.

Noch nicht gänzlich geregelt ist, wie der erhöhte Strombedarf des Stahlwerks nach der Umstellung gedeckt werden soll. Denn

während beim Betrieb der Hochöfen Konvertergase anfallen, die aktuell genutzt werden, um sie in Strom umzuwandeln, der später bei der Produktion eingesetzt wird, gibt es so ein nützliches Nebenprodukt in der DRI-Anlage nicht. Hinzu kommt, dass der geplante Elektrolichtbogenofen ebenfalls mit Strom betrieben wird, wodurch der Energiebedarf deutlich steigt. Laut Hering braucht die Hütte auf lange Sicht daher einen verstärkten Stromanschluss, der noch verlegt werden muss. Im ersten Schritt reicht es laut SWB eine neue Schaltanlage zu bauen. Für den Betriebsrat führt kein Weg daran vorbei. „Nur so können wir garantieren“, sagt er, „dass wir auch noch in 20 Jahren hier Stahl produzieren.“

Die Farben des Wasserstoffs

Auch wenn Wasserstoff farblos ist, haben sich verschiedene Farben als Bezeichnungen etabliert. Wasserstoff wird „grün“ genannt, wenn Wasser, in die beiden Elemente Sauerstoff und Wasserstoff aufgespalten wird und die Energie aus regenerativen Quellen kommt. Im Gegensatz wird grauer Wasserstoff aus fossilen Brennstoffen gewonnen. Häufig wird bei der Herstellung Erdgas unter Hitze in Wasserstoff und CO₂ umgewandelt. Von blauem Wasserstoff spricht man, wenn das entstehende CO₂ abgetrennt und gespeichert wird. Türkiser Wasserstoff ist Wasserstoff, der über Methanpyrolyse (die thermische Spaltung von Methan) hergestellt wurde. Anstelle von CO₂ entsteht dabei fester Kohlenstoff. **STL**

Bremische Volksbank investiert in Kitas

Wie die Vorstände Ulf Brothuhn und Detlev Herrmann das Geldinstitut breiter aufstellen und so das Risiko minimieren wollen

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen/Achim. Die Zahl der Kitas, die der Bremischen Volksbank gehören, nimmt zu. Inzwischen sind es drei, die vierte befindet sich gerade im Bau. Vorstand Detlev Herrmann sagt: „Damit haben wir uns ein kleines Spezial-Standbein aufgebaut.“ Gleichzeitig betont er aber, dass man als Volksbank immer noch eine Kreditgenossenschaft sei. So werde aber das Risiko gestreut – ganz im Sinne der Genossenschaftsmitglieder.

Weiterer Baustein dafür soll die zunehmende Zahl der Immobilien im Eigenbesitz sein. Bei der Entwicklung des Lieken-Geländes in Achim hat die Volksbank mit einem Partner den privaten Wohnungsbau übernommen. Von den 150 Wohnungen in spe will das Geldinstitut einen gewissen Teil mit in den eigenen Bestand übernehmen. Weitere laufende Projekte seien auf dem Weg.

Die gesamte Situation beschreibt der Vorstandsvorsitzende Ulf Brothuhn ansonsten mit „Demut“: „Wir blicken mit Demut und Re-

spekt auf das Jahr 2020 zurück. Außerdem schauen wir mit Zuversicht auf die nächsten Jahre.“ Das betrifft sowohl den Blick nach draußen als auch den ins eigene Unternehmen. Detlev Herrmann sagte: „Wir hatten nicht einen Corona-Fall unter unseren 130 Beschäftigten.“ 60 Prozent der Beschäftigten befinden sich derzeit im Homeoffice. Daraus will die Bank ein intelligentes Modell für die Zukunft entwickeln. Und demütig auch nach außen, weil die Bank in einem schwierigen Pandemie-Umfeld stabil mit Mitgliedern und Partnern durch diese Zeit gekommen sei.

Am Hauptsitz in der Domsheide und den sieben Geschäftsstellen in Bremen und umzu habe man in den Pandemie-Zeiten die Servicezeiten angepasst. Ansonsten sind die Mitarbeiter per Termin individuell bis 20 Uhr unterwegs. In der Filiale in Huchting wolle die Bank in Zukunft Service per Video anbieten. Kunden können dann einen Knopf am Bildschirm drücken und sind direkt mit einem Mitarbeiter verbunden. An den Gebühren für die Kontoführung wolle die

Volksbank in diesem Jahr nichts ändern. Bei den Minuszinsen ging die Bank aktiv ins Gespräch mit den Kunden: Wer Guthaben von mehr als 100.000 Euro vorhält, erhielt eine Beratung zu Anlagealternativen. Gab es danach keine Bereitschaft für eine der Optionen, wurde ein „Verwahrentgelt“ in Höhe von 0,5 Prozent fällig.



Mit Demut gehen Detlev Herrmann (li.) und Ulf Brothuhn auch 2021 an. **FOTO: KUHAUPT**

Die Bilanzsumme der Bremischen Volksbank stieg um 170 Millionen Euro auf 1,26 Milliarden Euro. Das Ergebnis vor Steuern liegt bei etwa neun Millionen Euro. 2019 war das vorläufige Ergebnis vor Steuern bei 7,5 Millionen Euro. „Vor dem gesamten Umfeld ist das als gut zu bezeichnen“, stellte der Vorstand fest. Mit 19,2 Millionen Euro liegt der Zinsüberschuss gut 2,1 Millionen Euro über dem des Vorjahres. Das Kreditgeschäft mit einem Plus von zehn Prozent sei der Wachstumstreiber gewesen. Ein großer Teil entfiel auf Immobilienfinanzierungen im privaten und im gewerblichen Bereich. Die 7000 Genossenschaftsmitglieder sollen erneut zwei Prozent Dividende erhalten.

Mit Demut und auf Sicht soll es 2021 weitergehen. Der Vorstand sagt: „Wir können noch nicht valide einschätzen, welche Domino-Effekte sich aus den realen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Wirtschaft abzeichnen.“ Im zweiten Quartal plant die Volksbank eine nachhaltige Geldanlage, „weil auch Kunden danach fragen“.

Corona-Zahlungen laufen wieder an

Mehrere Betrugsfälle registriert

Berlin. Von der Corona-Krise betroffene Unternehmen erhalten ab sofort wieder Abschlagszahlungen des Bundes im Rahmen der November-, Dezember- und Überbrückungshilfe III. „Die Abschlagszahlungen für Corona-Hilfsprogramme starten heute wieder“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) der „Rheinischen Post“ (Freitag). „Das ist eine gute Nachricht für unsere Unternehmen. Aufgrund von Betrugsfällen mussten die Abschlagszahlungen zuvor kurzfristig angehalten werden.“

Die Bundesregierung hatte die Zahlungen nach mehreren Betrugsfällen Ende vergangener Woche gestoppt. „Die kurzzeitige Unterbrechung der Abschlagszahlungen war rechtlich geboten und notwendig, um im Austausch mit den strafrechtlichen Ermittlungsbehörden, aber auch dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und dem Bundesfinanzministerium Unregelmäßigkeiten zu prüfen und Vorkehrungen zu treffen, um die Wiederholung derartiger Betrugsversuche künftig zu verhindern“, sagte eine Ministeriumssprecherin dem Blatt. Seit November wurden mit Stand Freitag nach Angaben des Ministeriums bereits rund 9,6 Milliarden Euro an die Betroffenen überwiesen. Bei der November- und Dezemberhilfe seien damit bereits 96 Prozent der Abschlagszahlungen auf den Konten der Empfänger. Die weitere Auszahlung der November- und Dezemberhilfe werde von den Ländern vorgenommen.

Die mutmaßliche Betrüger nutzten offenkundig das mehrstufige System der Antragsstellung aus. Medienberichten zufolge gaben sie sich mit falschen Identitäten als Antragsteller aus. Denn nicht die Unternehmen selbst können Hilfen beantragen. Stattdessen müssen sie damit Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwälte – sogenannte prüfende Dritte – beauftragen. Um Missbrauch zu verhindern, hatte die Bundesregierung mehrere Sicherheitslinien eingezogen: Die Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwälte mussten sich registrieren, ihre Daten wurden mit dem Berufsregister abgeglichen. Laut Ministerium haben sich rund 46.000 prüfende Dritte auf diese Weise angemeldet. Wie genau der Betrug vor sich ging, gab die Bundesregierung unter Verweis auf laufende Ermittlungen nicht bekannt. **DPA**

OBERLANDESGERICHT

„Cum-Ex“-Geschäfte waren bandenmäßiger Betrug

Frankfurt/Main. Das Oberlandesgericht Frankfurt wertet „Cum-Ex“-Aktien-geschäfte nicht nur als Steuerhinterziehung, sondern auch als gewerbsmäßigen Bandenbetrug. Damit drohe Angeklagten eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren, teilte die Justiz am Freitag mit. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt führt im „Cum-Ex“-Skandal ein Ermittlungsverfahren gegen einen Angeklagten, der sich derzeit in der Schweiz befindet. Er soll als treibende Kraft ein Betrugssystem mit „Cum-Ex“-Geschäften entwickelt haben. Ziel sei es gewesen, sich eine einmal einbehaltene Steuer zweimal auszahlen zu lassen. Der Angeklagte, gegen den Haftbefehl erlassen wurde, bestreitet die Vorwürfe. Bei „Cum-Ex“-Geschäften nutzten Investoren eine Gesetzeslücke, um den Staat über Jahre um Geld zu prellen. **DPA**

UMSATZEINBUSSEN

Tengelmann-Chef Haub erwartet Schließungswelle

Düsseldorf. Tengelmans-Chef Christian Haub rechnet als Folge des zweiten Corona-Lockdown mit erheblichen Umsatz-einbußen für das Familienunternehmen. Wirtschaftlich sei der aktuelle Lockdown „viel schlimmer als der erste“, sagte Tengelmans-Chef „Wirtschaftswoche“. Der Lockdown werde die Handelsgruppe, zu der unter anderem die Baumarktkette Obi und der Textildiscount Kik gehören, „einen hohen dreistelligen Millionenbetrag an Umsatz kosten und einen mittleren an Ertrag“. Gerade dem Textilhandel stünden noch schwere Wochen bevor. „Wir werden eine heftige Preisschlacht sehen.“ Tengelmans sei stark genug, „die Krise aus eigener Kraft zu überstehen, viele kleinere Händler sind es nicht“, betonte Haub. Er erwarte daher „eine gewaltige Schließungswelle“ im Handel. **DPA**